

Geschäftszahlen:
BKA: 2022-0.021.238
BMKOES: 2022-0.747.092
BMEIA: 2022-0.688.353

33/12

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Humanitäre Krise in Ost-Afrika und Jemen; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)

Die langanhaltende weltweite Ernährungsunsicherheit, die durch Klimawandel, Naturkatastrophen, bewaffnete Konflikte, makroökonomische Faktoren und die COVID-19-Pandemie verursacht wurde, hat sich mit dem Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine verschärft.

Drastisch ansteigende Preise für Grundnahrungsmittel und Energie, sprunghaft ansteigende Inflation und Unterbrechung von Lieferketten vertiefen bereits bestehende akute humanitäre Situationen in vielen Regionen.

I. Eine der hauptbetroffenen Regionen ist **Ost-Afrika**, die die Staaten **Äthiopien, Uganda** und **Mosambik** mitumfasst.

Der Osten des Kontinents, insbesondere das Horn von Afrika, liegt seit Jahren im Würgegriff einer nicht enden wollenden Dürrekatastrophe. Das Ausbleiben von Regen während der letzten drei Jahre hat Ackerbauflächen und Vieherden der Landbevölkerung weitestgehend dezimiert. Aber auch durch einsetzende heftige Regenfälle steigt die Gefahr von Naturkatastrophen in Form von Überschwemmungen deutlich an, da viele sonst ausgetrocknete Täler sich zu teilweise reißenden Flüssen verwandeln. Die durch den Ukrainekrieg ausgelöste sprunghafte Verteuerung von Grundnahrungsmitteln wie Weizen und ihre Knappheit auf den Weltmärkten heizen die Ernährungskrise noch weiter an. Humanitäre Hilfsorganisationen wie das Welternährungsprogramm der Vereinten

Nationen (WFP) machen darauf aufmerksam, dass sie demnächst finanziell nicht mehr in der Lage sein werden, Grundnahrungsmittel in einer genügenden Menge zu beschaffen, um eine Hungernot in der Region abwehren zu können.

1. Äthiopien

Die seit Jahren drastische humanitäre Situation in Äthiopien spitzt sich dramatisch zu, Millionen von Menschen befinden sich am Rande einer der schlimmsten Hungersnöte seit vier Jahrzehnten. Eine der schlimmsten Heuschreckenplagen der letzten Jahrzehnte und die sozialen, psychischen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19 Pandemie stellten das Land seit 2020 vor enorme Herausforderungen. Die humanitäre Notsituation wird aufgrund langjähriger, immer wieder aufflammender lokaler bewaffneter Konflikte wie z.B. in der Krisenregion Tigray, verschärft. Das Land ist Zufluchtsort für Geflüchtete aus benachbarten Ländern, primär aus dem Sudan, Somalia und Eritrea. Laut Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) befinden sich in Äthiopien 823.000 Flüchtlinge und 4,2 Mio. intern Vertriebene. Ihre Versorgung mit dem Notwendigsten stellt angesichts der sich verschärfenden Ernährungsunsicherheit ein wachsendes Problem dar. UNHCR betreut sowohl Menschen in 24 Flüchtlingslagern als auch Vertriebene in den größeren Städten des Landes. Von den 109 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in Äthiopien sind laut WFP 20,4 Mio. Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Gemäß Angaben des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) benötigen 14 Mio. Kinder humanitäre Hilfe. Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

2. Uganda

In Uganda lebt ein Fünftel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und von weniger als USD 1,90 am Tag. Das Land leidet an unzureichendem Zugang zu Grundnahrungsmitteln und drastisch angestiegenen Grundnahrungsmittelpreisen. Laut Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) benötigen rund 15,7 Mio. Menschen humanitäre Hilfe. Jedes dritte Kind gilt gemäß Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) als mangelernährt. Die Heuschreckenplage verschlimmerte die humanitäre Not vieler Menschen rapide, vor allem im Nordosten des Landes. Uganda beherbergt derzeit laut UNHCR mit 1,5 Mio. Menschen die meisten Flüchtlinge in ganz Afrika, vor allem aus dem Südsudan (62% der Flüchtlinge) und der Demokratischen Republik Kongo. UNHCR ist vor Ort, um einen weiterhin ungebremsen Zustrom von Flüchtlingen aus Ugandas krisengeschüttelten Nachbarländern zu bewältigen. Alleine von Jänner bis Mitte August 2022 zählte UNHCR 89.000 neue Flüchtlinge; eine zusätzliche schwere Belastung für die fragile Infrastruktur und die Kapazitäten des Landes. Uganda ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

3. Mosambik

Das humanitäre Leid in Mosambik hat katastrophale Ausmaße erreicht. Insbesondere der Norden des Landes und die Provinz Cabo Delgado sind durch jahrelang andauernde und immer wiederkehrende terroristische Auseinandersetzungen schwer angeschlagen. Mosambik zählt zu den am stärksten von Naturkatastrophen betroffenen Ländern weltweit. Überschwemmungen und Zyklone tragen zu Ernteaussfällen, wetterbedingter Vertreibung sowie unzureichendem Trinkwasser bei. Das WFP weist darauf hin, dass sich 80 Prozent der 28 Mio. Einwohner Mosambiks keine ausreichende Ernährung leisten können, wodurch Mosambik eines der am stärksten von Hunger betroffenen Länder der Welt ist. Laut WFP sind 42,3 Prozent der Kinder unter fünf Jahren unterentwickelt. Laut UNHCR sind mehr als 1 Mio. Menschen in Mosambik intern vertrieben, alleine über 900.000 im Norden des Landes. UNHCR ist vor Ort, um Nothilfe für die lebensnotwendigen Bedürfnisse der intern Vertriebenen zu leisten sowie den Schutz der vulnerablen Menschen, insbes. Frauen und Kinder, mit z.B. Unterkünften zu gewährleisten. Mosambik ist seit 1992 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

II. Ein weiterer Staat, dessen seit Jahren anhaltende humanitäre Krise durch die Ernährungsunsicherheit verschärft wurde, ist **Jemen**.

Laut dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) herrscht im Jemen die größte humanitäre Krise weltweit. Aufgrund des anhaltenden bewaffneten Konflikts sowie extremer Wetterbedingungen und den Auswirkungen der globalen Ernährungsunsicherheit sind mindestens 24 Mio. Menschen, das sind mehr als 80 Prozent der Bevölkerung im Jemen, auf humanitäre Hilfe angewiesen. Neben der anhaltenden Gesundheitskrise sind mangelnder Zugang zu Nahrungsmitteln und sauberem Wasser die schwersten Probleme für die Zivilbevölkerung. Laut OCHA leiden 17,4 Mio. Menschen unter akutem Hunger und können sich ohne Hilfe nicht mehr ernähren, 15 Mio. Menschen verfügen über keine oder eine nur unzureichende Versorgung mit Trinkwasser. Über 11 Mio. Kinder sind auf humanitäre Hilfe und Schutz angewiesen. Das UNHCR geht von 4,1 Mio. intern Vertriebenen im Jemen aus, wodurch die lokale Infrastruktur zusätzlich belastet wird. Einer der wichtigsten Partner Österreichs bei der Umsetzung der humanitären Hilfe vor Ort ist das IKRK. Das IKRK setzt seine Aktivitäten trotz des erheblichen Sicherheitsrisikos und der häufigen Behinderung humanitärer Hilfe fort. Zugang zu Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen sowie Gesundheitsversorgung und die Nahrungsmittelversorgung von intern Vertriebenen stehen im Vordergrund.

Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der dramatischen Situation in Ost-Afrika und im Jemen die humanitären Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft und die Tätigkeit von österreichischen Nichtregierungsorganisationen vor Ort.

Zur Bekämpfung der humanitären Krisen in Ost-Afrika und im Jemen ist ein österreichischer Beitrag von EUR 8 Mio. aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Betrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle beschließen, zur Bekämpfung der humanitären Krisen in Ost-Afrika (Äthiopien, Uganda und Mosambik) und im Jemen EUR 8 Mio. aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland wie folgt zur Verfügung zu stellen:

1. EUR 4 Mio. dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) für Jemen,
2. EUR 1 Mio. an UNHCR und EUR 1 Mio. an österreichische Nichtregierungsorganisationen für Äthiopien,
3. EUR 500.000 an UNHCR und EUR 500.000 an österreichische Nichtregierungsorganisationen für Uganda
4. EUR 500.000 an UNHCR und EUR 500.000 an österreichische Nichtregierungsorganisationen für Mosambik.

18. Oktober 2022

Karl Nehammer, MSc
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister